

Was bewegt die GroKo, Bewegt sie was?

Liebe Mitglieder, liebe Gäste,

einige Passagen aus dem Koalitionsvertrag:

- Wir wollen, dass der Wohlstand bei den Menschen ankommt...
- Wir werden die Probleme anpacken, welche die Menschen in ihrem Alltag bewegen...
- Wir werden unsere Sozialsysteme modernisieren...
- Wir werden untere und mittlere Einkommen beim Soli entlasten...
- **Die Rente muss für alle Generationen gerecht und zuverlässig sein...**
Und weitere Zusagen zur Grundrente oder „Respektrente“ was immer das auch ausdrücken soll.

In eigener Sache, und zu Werbezwecken für den Verein, haben wir kurz nach der Regierungsbildung, die schon mehrere Monate in Anspruch nahm, in der SZ eine Werbeanzeige geschaltet. Wir wollten die Leser auf die Themen der sozialen Gerechtigkeit, wie wir diese verstehen und in diesem Verständnis auch nicht alleine sind, aufmerksam machen. Gleichzeitig wollten wir auch drauf hinweisen, dass wir festgestellt haben, dass das Thema Betriebsrenten, wie es früher bei großen Firmen, wie Karstadt, Siemens, dem Dornier Konzern und anderen, aber auch vielen mittelständischen Firmen üblich war, mehr und mehr in der Auslagerung der Verantwortung geendet ist oder in der Versenkung verschwand.

Die Politik ist Jahre davon ausgegangen, dass Riester- und Rürup-Angebote den Mangel an Absicherungsmöglichkeiten für das Alter, die zweite oder dritte Säule neben der gesetzlichen Rentenversicherung abdecken könnten. Dass das eine weitestgehend irriige Annahme war, hat sich erst Jahre später bestätigt.

Heute noch wird die Rürup-Rente als Steuersparmodell angepriesen, aber nicht als eine Alternative für eine nachhaltige Absicherung für das Alter. Gut, die Versicherungen verdienen damit Geld, aber hilft das dem Normalverdiener, den ja auch schon Herr Merz mit Aktienoptionen gewinnen wollte? Wir sind der festen Überzeugung, nein!

Wir haben auch versucht, noch weit im Vorfeld der Bundestagswahl die junge Generation und deren Organisationsformen davon zu überzeugen, dass man rechtzeitig Vorsorge für das Alter treffen sollte. Von den angeschriebenen 100 Jugendverbänden haben wir eine einzige Antwort bekommen und das von ei-

nem mehr rechts angesiedelten. Ein ernüchterndes Ergebnis, das wir so nicht erwartet hatten.

Das war ein kleiner Überblick über die Vergangenheit, nun zum aktuellen Geschehen.

Wir haben in dem Artikel in der SZ mit dem Absatz geendet: **„Lassen wir die neue Regierung mit den vielen sozialen Vorhaben mal beginnen. Wir werden in regelmäßigen Abständen die Errungenschaften bewerten und weiter kritisch berichten“.**

Einen Teil haben wir im Laufe der Zeit in den verschiedenen Ausgaben des INFOBRIEFs abgearbeitet. Siehe auch hierzu die letzte Ausgabe 01/2019. Für die anwesenden Gäste ein kurzer Auszug aus dem Bericht:

- [Die Große Koalition will die Doppelverbeitragung für Betriebsrentner beenden.](#)

Das von der CDU weitestgehend unterstützte Vorhaben war in den Parteigremien eigentlich schon zu einer gewissen Reife gekommen, wurde dann aber abrupt von der Kanzlerin gestoppt. Das war Mitte März, wahrscheinlich ein „Machtdemonstrationsvorhaben“, wie einige andere Handlungen auch. Also fragt sich nun der mündige Rentner und Wähler, was gilt eigentlich noch? Kann man sich auf das, was die Regierung beschließt noch verlassen, oder ist das alles nur Makulatur?

- [Wer bezahlt die Mütterrente II?](#)

Die geplante Mütterrente II soll aus der Rentenkasse finanziert werden. Wir sehen die Mütterrente als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe an, die daher aus Steuermitteln zu finanzieren ist. Wir haben uns auf unserer letzten Sitzung der Kooperationspartner dazu geeinigt, dass wir die Oppositionsparteien durch eine entsprechende Briefaktion auf die Versäumnisse nachdrücklich aufmerksam machen. Mal sehen, wie die Antworten ausfallen. Darüber werden wir in einem unserer nächsten INFOBRIEFE berichten.

- [Plünderung der Sozialversicherung durch die Politik.](#)

Das ist ja schon ein sehr altes Thema. Erst kürzlich, aber schon Anfang März war ein Artikel in der SZ, wo ein nicht unbekannter Journalist über die Rente geschrieben hat, dass ja heute schon, in 2019 die Rentenversicherung mit 90 Mrd. Euro aus der Staatskasse unterstützt werden muss, und wie soll das dann in der Zukunft weitergehen? Düstere Zukunftsvisionen. Wir meinen nicht so schlecht, wenn sich der gleiche Schreiber mal informiert hätte, dass von den

Regierungen der verschiedensten Farben bis heute mehr als 789 Mrd. € als versicherungsfremde Leistungen aus der Rentenkasse entnommen worden sind. In verschiedenen Leserbriefen der Folgewoche wurde dann von einigen Lesern auf diesen Sachverhalt hingewiesen. Leider will das am Ende niemand mehr wissen. Eine entsprechende kleine Anfrage einer Partei hatte zur Antwort, „die Bundesregierung könnte den Umfang der versicherungsfremden Leistungen nicht ermitteln...“

Das haben wir schon öfter gehört und gelesen, wenn es um recht unangenehme Fragen ging, wie z.B. den Umfang der Beratungsleistungen an Unternehmen wie Bain, Deloitte, McKinsey, KPMG und andere, die das BMVg seit Jahren in Ihren Dienst genommen haben. Waren es 100 Mio. oder mehr, und das alles ohne öffentliche Ausschreibungen?

Oder die Instandsetzung des Segelschulschiffes Gorch Fock? Von geplanten 10 Mio. nun auf 130 Mio. oder darf es vielleicht auch mehr sein? Das sind nur 2 von vielen Beispielen, wo in die Staatskasse gegriffen wird, und im Endeffekt der Steuerzahler dafür aufkommt.

Maßlose Geldverschwendung, die keine Sanktionen erfährt, aber auf den Beiträgen zur Rentenversicherung rumhacken.

Wir haben uns in der Kooperation entschlossen, mit einem entsprechenden Pressebericht an die bekannten Tageszeitungen heranzutreten, um mal inhaltlich den Sachverhalt der Versicherungsfremden Leistungen darzustellen. Die Bietigheimer Zeitung, im Einzugsgebiet des BRR hat diesen Beitrag bereits am 30.3.2019 veröffentlicht. Mal sehen, was die Zeitungen der Funke Mediengruppe, der SZ, der Merkur und andere machen.

- Altersarmut und Armutsgefährdung in Rentnerhaushalten

Wir haben das Thema schon weit vor der Bundestagswahl in unserer Kooperation aufgegriffen. Wir haben die „Initiative gegen Altersarmut“ gegründet, waren in Informationsveranstaltungen präsent, haben auf Marktplätzen mit einem dafür entwickelten Flyer auf diese Thematik hingewiesen, und haben versucht, Mitbürger darauf aufmerksam zu machen. Vielleicht ist es uns in Einzelfällen gelungen, aber Breitenwirkung zu erzeugen bedarf einer anderen „power“, die wir als kleine Vereine nicht haben. Das Thema ist nicht vom Tisch, die jetzige Regierung sieht hier noch keinen großen Handlungsbedarf, das wird ihr nochmal auf die Füße fallen!

Neben unserer Bewertung der Aktivitäten der Regierung zur Doppelverbeitragung auf Betriebsrenten, haben wir vom Verein und von der KOOP dem zu-

ständigen Minister unsere Vorstellungen zu einem gerechteren Generationenvertrag und verschiedenen sozialen Themen vorgetragen. Wir wollten uns in die anstehenden Diskussionen der gegründeten Gremien einbringen, scheiterten wahrscheinlich aber am Verständnis für unsere geleisteten Arbeit oder einfach daran, **dass man im Bus der Politiker, Versicherer und immer anwesenden Verbände sitzt, und von innen die Türe zuhält.**

Das wäre ja auch nicht das erste Mal, dass wir so ein Verhalten festgestellt haben. Selbst nach den Ankündigungen, dass sich in dem Thema etwas bewegen sollte, hat die Kanzlerin in einer recht schnellen und unerwarteten Weise den Beschluss zur Doppelterbeitragung wieder kassiert. Was stört mich eine Entscheidung meiner Partei, wenn ich eine andere Meinung habe. Davon haben wir schon gehört.

Die GroKo hat sich für den Herbst vorgenommen, die Ergebnisse der gemeinsamen Regierungsarbeit zu bewerten. Das wird ein spannendes Vorhaben werden, denn schon im Laufe der jetzigen Legislaturperiode hat ja jede der beiden Parteien versucht, mit dem einen oder anderen Thema einen **Heimspielerfolg** zu erzielen.

Zum Abschluss noch ein Hinweis, der nicht in der Koalitionsvereinbarung steht: **Einführung einer Vermögenssteuer für Reiche.**

2% Vermögenssteuer für die 8000 Reichsten brächten 18 Mrd.€ Einnahmen, genauso viel wie der Soli von allen. (stern 14.3.2019)

Und noch ein highlight:

Tom Enders, der scheidende Chef von Airbus geht mit einem Anspruch von 36,8 Millionen € in den Ruhestand; davon entfallen 26,3 Mio. auf die Rente. (SZ vom 5.4.2019) Das bei einem Abschied mit 60.

Also, liebe Betriebsrentner, ihr wart nicht erfolgreich!

Ich bedanke mich für Ihre Geduld, meinen Ausführungen zuzuhören. Wir werden uns auch in Zukunft nicht scheuen, auf die entsprechenden Missstände hinzuweisen. Wir stellen nur immer wieder fest, dass man an unserer Meinung nicht, oder nur wenig interessiert ist. Auf der letzten Koop Sitzung haben wir den Gedanken einer „virtuellen Partei“ diskutiert. Wir haben noch keine abschließende Meinung, aber wir werden versuchen uns auf vorhandenen Internet Plattformen bemerkbar zu machen. Dies für heute.

Danke!